Warum hat Wedel Rechte aus der Hand gegeben?

Viele Wedelerinnen und Wedeler fragen sich jetzt, warum hat die Stadt auf wesentliche Rechte verzichtet? Die Wedeler Politik hat 2012 beschlossen, nur den Rand des Kraftwerksgeländes zu überplanen, zum Beispiel als Wanderwege. Auch die Möglichkeit des Gesamtbebauungsplans stand zur Debatte.

Zitat:
„*Der Vorteil des Verfahrens besteht darin, dass die umfassende planungsrechtliche Regie des Projektes bei der Stadt verbleibt. (...) Seitens Vattenfall wurde die Durchführung eines Bebauungsplanverfahrens für das Neubauvorhaben bzw. das Gesamtgelände abgelehnt.*“ (Beschlussvorlage der Stadt Wedel BV/2012/016)

Dürfen alleine die Interessen von Vattenfall im Vordergrund stehen?

Ohne Öffentlichkeitsbeteiligung für die eigentliche Kraftwerksfläche ist das Verfahren deutlich verkürzt.

Dazu Niels Schmidt, Bürgermeister von Wedel, in einem Interview im Wedel-Schulauer Tageblatt vom 31.07.2013:

„Wie stehen Sie zu dem beschleunigten B-Plan-Verfahren?
Die Entscheidung, die wir damals für den B-Plan getroffen haben, ist mit breiter politischer Mehrheit gefallen. Die Verwaltung hat das beschleunigte Verfahren in der Beschlussvorlage zwar vorgeschlagen, weil der Zeitplan von Vattenfall eine Rolle spielte. Aber wir haben dazu in der Vorlage auch gesagt, dass es auch die Möglichkeit des großen Bebauungsplans gebe. Am Ende kann man nun meinen, das war vielleicht doch etwas unüberlegt, aber man sollte auch zu dem stehen, was man entscheidet. Ich tue das!“

Wir aber meinen: Großprojekte in Wedel sollten nur mit Beteiligung der Wedeler Bürgerinnen und Bürger geplant und realisiert werden.

„Nicht den (Vattenfall) Bock zum Gärtner machen. Das B-Plan Recht muss bei der Stadt und Ihren Gremien bleiben! Der Bürgerentscheid ist ein Teil aktiv gelebter Demokratie! Deshalb stimme ich mit JA.“

Jens Wilke, Bürger aus Wedel

Stimmen Sie mit JA!
Für die Rechte aller Wedeler BürgerInnen!

Nur mit einem Bebauungsplan können die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf das Bauprojekt nehmen.
Nutzen Sie auch die Möglichkeit der Briefwahl.
Jede Stimme zählt!

Weitere Informationen
Haben Sie Fragen? Wir antworten gerne.
E-Mail: klueckow@gmail.com
www.du-bist-wedel.de

Stellungnahme der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens: Kerstin Lueckow, Rolf Schmersahl, Jens Wilke

Bürgerentscheid am 23. Februar 2014 in Wedel

JA, zum Bebauungsplan für das gesamte Kraftwerksgelände in Wedel!

Sie entscheiden. Stimmen Sie mit JA.
Für die Rechte aller Wedeler Bürgerinnen und Bürger!

Ja! **Du bist Wedel!** **zur Mitbestimmung**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

dies ist der erste Wedeler Bürgerentscheid. Sie als Wählerinnen und Wähler in Wedel haben zum ersten Mal die Möglichkeit, über direkte Demokratie Einfluss auf Entscheidungen in Wedel zu nehmen.

Bürgerbeteiligung ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie!

Ein Bürgerentscheid ist rechtlich bindend und hat die Wirkung eines Beschlusses der Gemeindevertretung.

Bei diesem Bürgerentscheid geht es nicht um die Frage, ob in Wedel ein neues Kraftwerk gebaut werden soll oder nicht. Hier geht es um einen Bebauungsplan der Stadt Wedel für das Gelände, auf dem das Gaskraftwerk entstehen soll. Und es geht um unsere Bürger- und Mitbestimmungsrechte!

Wir Bürgerinnen und Bürger wollen mitgestalten. Wir möchten nicht bloß erdulden, was über unsere Köpfe hinweg bestimmt wird.

Vattenfall plant, in Wedel zwischen Wohngebieten eines der größten gasbetriebenen Kraftwerke in Deutschland zu bauen.

Die Stadt Wedel hat hier bisher auf einen Bebauungsplan für die eigentlich wichtige Fläche, auf die des Kraftwerksneubaus, verzichtet.
Mit dieser Entscheidung hat die Stadt Wedel die Planungsrechte und erhebliche Einflussmöglichkeiten zu Gunsten der Fa. Vattenfall aus der Hand gegeben.
Dies bedeutet auch, dass die uns wichtigen Bürger- und Mitbestimmungsrechte eingeschränkt wurden. Wir können als BürgerInnen keinen Einfluss auf die Kraftwerksplanungen nehmen und unsere Anregungen und Bedenken nicht ins Verfahren einbringen. Dies ist aber unverzichtbar, da gerade hier für Jahrzehnte über Wedels Zukunft entschieden wird.

Bisher hat es lediglich eine Bürgerbeteiligung für die technische Anlagengenehmigung gegeben. Dies ersetzt allerdings nicht die Beteiligungsmöglichkeiten in einem Bebauungsplanverfahren, die viel weitreichender sind.

„Die Stadt Wedel darf sich nicht zugunsten von Wirtschaftsunternehmen über Bürgerinteressen hinwegsetzen.“

Laura Manzow,
Bürgerin aus Wedel

„Ich stimme mit JA – für eine gute Zukunft für Wedel und seine Bürgerinnen und Bürger!“

Regina Beisheim,
Bürgerin aus Wedel

Was ist ein Bebauungsplan?

Ein Bebauungsplan regelt alle Rechte und Pflichten des Bauträgers für das entsprechende Grundstück. Es wird dort grundlegend festgelegt, ob und gegebenenfalls in welcher Art und in welchem Umfang einzelne Flächen genutzt werden dürfen und wie die baulichen Anlagen zu gestalten sind. Viele BürgerInnen kennen dies aus eigener Erfahrung, wenn sie zum Beispiel An- oder Umbauten auf ihren Privatgrundstücken vornehmen wollen. Nicht alles, was man möchte, wird auch von der Stadt genehmigt.

Die Stadt Wedel hat beim Kraftwerksneubau bei Vattenfall generell auf Vorgaben verzichtet.

Zitat: *„Ein wichtiger Grundsatz laut Baugesetzbuch ist, im Rahmen der Planung die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.“* Wikipedia

Eine dieser Anforderung gerecht werdende Abwägung hat es bisher nicht gegeben.

Warum „JA“ zum Gesamtbebauungsplan?

- Eine Gesamtbeplanung bedeutet ein **transparentes** Verfahren mit **umfangreicher** Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von Wedel. Bisher hat es lediglich Gespräche zwischen der Stadtverwaltung und Vattenfall gegeben. Ein Dokument über Zusagen von Vattenfall an die Stadt war und ist nicht öffentlich gemacht worden.

- Wichtig ist die Absicherung aller für Wedel **wichtigen** Belange: zum Beispiel der Rückbau des Kohlekraftwerks, **Schutzansprüche** von Anwohnern vor allen Dingen beim Thema Lärm und die notwendige Zufahrt zum BusinessPark.

- **Ohne** Bebauungsplanung kann die Stadt Wedel auch keinen Einfluss auf nachträgliche Änderungen des Kraftwerks vornehmen.

- Festschreibung der Bauhöhen:
  Das geplante Gaskraftwerk soll bis zu 55 Meter hoch und auf einem Hügel errichtet werden. Die Gebäude sind somit deutlich höher als beim Kohlekraftwerk und weithin sichtbar.

- Ein Bebauungsplan enthält alle rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung. Insbesondere dient dieser der Verhinderung von städtebaulichen Fehlentwicklungen während der Bau- und Betriebsphase eines Großprojekts.

- Die Stadt Wedel könnte sich durch einen Gesamtbebauungsplan für den Fall absichern, dass die Rechte aus der Genehmigung nach dem Volksentscheid in Hamburg an Dritte veräußert werden.

Kosten und Regress?

Kosten für einen Bebauungsplan können kein Argument sein, um die Bürgerbeteiligung einzuschränken. Die Art und Weise des Verfahrens muss sich ausschließlich von städteplanerischen Gesichtspunkten leiten lassen. Nach Auffassung des Innenministeriums SH besteht kein Konflikt zwischen dem bereits erteilten Einvernehmen der Stadt Wedel und einem Gesamtbebauungsplan. Danach können alleine durch das Verfahren keine Haftungsansprüche an die Stadt Wedel entstehen.